



Beschlussvorlage vom/der Hauptamt	Vorlage-Nr: XIX/HA/0203 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.03.2022 Verfasser: Spreng, Timo				
Grundsatzbeschluss zur Erarbeitung eines lokalen Klimaschutzkonzeptes und zu Klimazielen der Stadt Bürstadt (Antrag der CDU-Fraktion)					
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>09.03.2022</td><td>Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	09.03.2022	Stadtverordnetenversammlung
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
09.03.2022	Stadtverordnetenversammlung				

Sachverhalt:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor, welcher als Anlage beigefügt ist.

Den Mandatsträgern mit der Bitte um Beachtung und weiterer Veranlassung.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Bürstadt unterstützt den Kreis Bergstraße auf seinem Weg zur Erreichung seiner Klimaschutzziele und setzt sich vergleichbare Vorgaben als Grundlage für ihren lokalen Weg zur Klimaneutralität. Bis 2030 sollen die THG-Emissionen um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert und bis 2040 sollen dann 88 Prozent weniger Treibhausgase als im Referenzjahr ausgestoßen werden. Eine Verringerung um 90 Prozent und somit Klimaneutralität will die Stadt Bürstadt bis 2045 erreichen.
2. Die Stadt Bürstadt nutzt zur Erarbeitung eines eigenen Klimaschutzkonzeptes und zur Erarbeitung von lokalen Klimaschutzziele aktiv das Klimaschutzmanager-Netzwerk des Kreises Bergstraße, denn dieses vernetzt die Klimaschutzanstrengungen der Kommunen und des Kreises und bietet die Möglichkeit für Kooperationen und Synergien.
3. Um die Klimaschutzziele der Stadt Bürstadt zu erreichen, müssen die Aktivitäten des künftigen kommunalen Klimamanagers und die des städtischen Gebäudemanagers in den Bereichen ‚Energieeffizienz‘ und ‚Ausbau erneuerbarer Energien‘ eng verzahnt werden.
4. Um eine konkrete Umsetzung von Maßnahmen (zur Förderung erneuerbarer Energie auf städtischen Flächen und zur Optimierung des Ressourcenverbrauchs kommunaler Liegenschaften) zu unterstützen, soll als ein zusätzlicher Aufgabenbereich der Bürstädter Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft (BGE) die Weiterentwicklung zu einer Bürstädter Gesellschaft für Grundstücksentwicklung, Gebäudemanagement und Klimaschutz (BGGK) geprüft werden.

Timo Spreng
(Parl.-Büro)

Anlage/n:
- Antrag CDU-Fraktion